

Fisch oder Stahl?

Die neue Umweltbewegung Vietnams

von
Thuc Quyen
Nguyen

Die Autorin lebt seit 1979 in Deutschland und ist Mitglied des Aktionsbündnisses VETO! Human Rights Defenders und Save Vietnam's Nature.

Während die deutschen Medien im April 2016 die Veröffentlichung der Panama Papers, den Krieg in Syrien und die bevorstehenden Olympischen Spiele in Rio verfolgten, ereignete sich, von der Weltöffentlichkeit scheinbar unbemerkt, die schlimmste ökologische Katastrophe in der Geschichte des Landes. Eindeutigstes Indiz: Ein Meer toter Fische und eine Bevölkerung in Aufruhr.

Die Katastrophe: Formosas Machenschaften

Anfang April dieses Jahres wurde an den Küsten der Provinzen Ha Tinh, Qang Binh, Quang Tri und Thua Thien Hue tonnenweise toter Fisch angespült. Kilometerlange Fischberge, unzählige Muscheln, verendete Seevögel und sogar einige Wale – gefolgt vom Tod des Tauchers Le Van Ngay, der nach einem Tauchgang in diesem Gebiet zunächst über Brustschmerzen und Atemnot geklagt hatte. Auch seine Tauchkollegen bemerkten gesundheitliche Beeinträchtigungen wie Schwindel, Hautläsionen und Kreislaufprobleme. Hunderte Menschen wurden durch den Verzehr von Fisch und Meerereszeugnissen krank. Und kaum einen Monat später waren schon über einhundert Tonnen toten Fisches zusammen gekommen. Es sollte sich als die Spitze eines Eisberges von Umweltverschmutzung und dauerhafter Umweltzerstörung herausstellen.

Bald nach Beginn des ominösen Massensterbens maritimen Lebens in den zentralvietnamesischen Küstenprovinzen wurden erste Vermutungen über die Ursachen der Umweltkatastrophe laut, und Formosa Ha Tinh Steel (FHS oder Formosa HS), ein Subunternehmen des weltweit agierenden, taiwanesischen Formosa Plastics Group-Konglomerates, schnell als Urheber identifiziert: Nguyen Xuan Than, Fischer aus Ky Anh in der Provinz Ha Tinh informierte Behörden und die Öffentlichkeit über ein gigantisches unterseeisches Abwasserrohr, das »gelblich-stinkendes Wasser« ausstieß und scheinbar zum wenige Kilometer entfernten Stahlwerk von FHS führte. Formosa HS bestreitet nicht, dass besagte Leitung zu ihrem Werk gehöre, jedoch verwies man zunächst darauf, der lokalen Bevölkerung vor dem Kauf des Landes und dem Bau des Stahlwerkes eindringlich zu einer »Veränderung ihres Lebenserwerbs« geraten zu haben: Im Leben müsse man Entscheidungen treffen, man könne »Fisch oder Stahl, nicht beides« haben. Dieser ersten »Stellungnahme« folgten ein hartnäckiges Schweigen und ein wochenlanges Abstreiten jedweder Verantwortung an dem »Zwischenfall«.

Fast den gesamten April hindurch schien die vietnamesische Regierung keinerlei Untersuchung in die Wege geleitet zu haben, bis am 23. April der Vizevorsitzende des Volkskomitees von Ha Tinh plötzlich verlauten ließ: »Wir können Fisch und Meereresfrüchte (aus der Region) bedenkenlos verzehren, wie auch in diesen Gewässern schwimmen«. Und Vize-Umweltminister Vo Tuan Nhan verkündete in ähnlicher Weise: »Es gibt keinen Beweis, der eine Verbindung zwischen Formosa und seiner Anlage, und dem (Fisch-)Massensterben zulässt.«

Stahl oder Fisch - Ich wähle den Fisch!

Doch die Bedenken der Bevölkerung in Bezug auf die spärlichen Informationen standen ihren Ängsten in nichts nach. Erste lokale Protestmärsche entstanden, um die Behörden zum Handeln zu bewegen. Zwei Tage darauf, am 25. April, entsandte Premierminister Nguyen Xuan Phuc schließlich Untersuchungsbeamte zur Aufklärung der Ursachen und zur Einschätzung der Lage. Doch Formosa HS verweigerte den Kontrolleuren den Zugang zum Gelände, da man befürchtete, ein öffentlich werden der Gründe könnte zu gewalttätigen, antichinesischen Ausschreitungen führen, wie FHS sie bereits 2013 erlebt hatte.

Der anfängliche Aufschrei, der durch die vietnamesische Gesellschaft ging, wich im Mai einer Welle friedlicher Großdemonstrationen, die überwiegend in den sozialen Netzwerken organisiert und diskutiert wurden. Auf Twitter verbreitete sich der Hashtag #toichonca (toi chon ca, ich wähle den Fisch), als Antwort auf Formosas Entscheidungszwang zwischen Stahl und Fisch, wie ein Lauffeuer. Die Proteste wurden sogar durch die Exklaven Vietnamesischstämmiger in Taiwan, den USA und Australien unterstützt. Indes warfen die Staatsorgane den

*Einzelner
Protestler in
Hanoi: Verklagt
Formosa!
Quelle:
Anh Ba Sam*



Demonstranten vor, insgeheim die Regierung stürzen zu wollen und ließen viele der Demonstrationen gewaltsam auflösen. Facebook und Twitter wurden zeitweise gesperrt. Und als dann noch bekannt wurde, dass Formosa seine Investitionssumme von knapp 10,5 Mrd. auf 28,5 Mrd. US-Dollar erhöhen würde, war für viele Protestierende klar: Die Regierung hatte bewusst geschwiegen und versucht die ganze Angelegenheit als Bagatelle abzutun, um diese Gelder zu sichern.

Fast drei Monate nachdem die ersten toten Fische angespült worden waren, am 30. Juni, stellte die vietnamesische Regierung ihren Bericht zu den Ereignissen in Zentralvietnam vor – und dieser war deckungsgleich mit denen der lokalen Bevölkerung: Formosa HS hatte hochgradig toxische Industrieabwässer (Bestandteile waren u. a. Phenol, Nitrile und Eisenoxide) in das Meer gepumpt und dadurch das Fischsterben verursacht. Beinahe zähneknirschend einigte FHS sich mit der vietnamesischen Regierung auf eine Entschädigungszahlung von 500 Mio. US-Dollar und verpflichtete sich, seine Abfallprodukte sicher und gesetzeskonform zu entsorgen. Doch das Unternehmen bestand weiterhin darauf, die gesamte Angelegenheit als einen Zwischenfall zu bezeichnen.

Und die Machenschaften gehen weiter

Während Experten landesweit versuchten den kurz- und langfristigen Schaden für Mensch und Umwelt zu beurteilen und zu evaluieren, wie solche Katastrophen zukünftig verhindert werden könnten, wurde Anfang Juli bekannt, dass Formosa HS mehr als zweihundert Tonnen Industrieabfälle auf einer Farm nahe Ky Anh (Ha Tinh) vergraben ließ. Grundlage hierfür war ein Vertrag zwischen dem staatlich geführten Unternehmen Ky Anh Urban Environment Company (KAUEC), das für die fachgerechte Entsorgung verantwortlich zeichnete, und FHS. Doch Vo Ta Dinh zufolge, dem Vorsitzenden der *Abteilung für Natur und Umwelt, Ha Tinh*, hatte KAUEC keinerlei Berechtigung zur Entsorgung von Gefahrenstoffen. FHS war nun gezwungen, die illegale Deponie selbst abzutragen. Doch da die geplante Aufbereitungsanlage in Ha Tinh noch nicht fertig gestellt war, mussten die mehr als zweihundert Tonnen in den Norden des Landes, nach Phu Tho gebracht werden.

Im selben Monat legte Umweltminister Tran Hong Ha der Nationalversammlung die ausführlichen Untersuchungsergebnisse vor, die gegen Formosa HS eingeleitet worden waren. 53 einzelne Verstöße gegen Auflagen und Gesetze in Zusammenhang mit dem Massensterben konnten FHS so nachgewiesen werden: »Der gravierendste Verstoß ist der Wechsel von einer Erzverarbeitung ohne Wasser zur Erzverarbeitung mit Wasser – eine Methode, bei der Abfallprodukte, vor allem giftige Gase und Giftschlamm, entstehen.«

Am 15. September gab die Provinzregierung Ha Tinh bekannt, dass Formosa 160 Tonnen Rotschlamm, ein hochgradig giftiges Nebenprodukt der Aluminiumveredelung, importierte. FHS beeilte sich, den erneuten öffentlichen Aufschrei verstummen zu lassen. Das importierte Gut sei zwar als Schlamm deklariert, tatsächlich handele es sich aber um ein Pulver zum Ausbau der Anlage. Man kooperiere eng mit den verantwortlichen Behörden.

Formosa Plastics und Umweltfragen: Eine endlose Geschichte

Die Rücksichtslosigkeit Formosas in Bezug auf Umweltfragen, insbesondere des Mutterkonzerns von FHS, die Formosa Plastics Group (FPG), zieht sich wie ein roter Faden durch die Firmengeschichte. 2009 wurde dem Unternehmen durch die Deutsche Stiftung Ethik & Ökonomie (ethecon) der Negativpreis Black Planet Award für ihren Beitrag zur dauerhaften Umweltzerstörung verliehen. Selbst in Taiwan, dem Sitz der FPG, steht Formosa in der öffentlichen Meinung inzwischen nicht mehr für Industrialisierung und Wirtschaftsentwicklung, sondern für ökologischen Raubbau. Formosa umgeht dabei sehr bewusst immer wieder Sicherheitsstandards, um die Kosten für den Bau und den Betrieb seiner Anlagen niedrig zu halten. In den USA war die amerikanische Formosa-Tochter zwischen 2009 und 2016 wiederholt durch die Umweltschutzbehörde EPA verklagt und zu Strafzahlungen in Millionenhöhe verurteilt worden.

Doch das Beispiel Vietnams ist nicht die erste von Formosa verursachte Umweltkatastrophe in Südostasien. 1998 entsorgte Formosa Plastics fast 3.000 Tonnen quecksilberhaltigen Abwassers in der Nähe von Sihanoukville in Kambodscha. Auch hier waren die gesundheitlichen Schäden für Mensch und Umwelt so massiv, dass mehr als eintausend Menschen ihre Küstenheimat verlassen mussten und in Protestzügen nach Phnom Penh marschierten. Das öffentliche Echo blieb, damals wie heute, aus.

Der vietnamesische Protest ist noch lange nicht vorbei

Sechs Monate nach der Katastrophe ist die vietnamesische Öffentlichkeit noch immer in Aufruhr. Trotz des Einlenkens seitens des vietnamesischen Staates verlief die Untersuchung gegen FHS intransparent und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Bis heute gibt es keine detaillierten Informationen über Ursache und Langzeitfolgen der Verseuchung; es wurde kein Notfallprogramm zum Schutz und zur Versorgung der lokalen Bevölkerung initiiert. Eine Situation, die sowohl die Gewässer Vietnams, als auch die Bevölkerung schutzlos zurücklässt.

Das Abkommen zwischen FHS und der vietnamesischen Regierung scheint Teil einer Strategie zur raschen Beschwichtigung der Öffentlichkeit zu sein, um auf diese Weise schnell wieder zum wirtschaftlichen Alltag zurückzukehren. Also business as usual. Auch die vergleichsweise hoch erscheinende Summe von 500 Mio. US-Dollar, die Formosa zahlen soll, entspricht nur einem Bruchteil der Steuerbefreiungen, die Formosa HS durch die Regierung für vier Jahre erhalten hat.

Das anfängliche Schweigen der vietnamesischen Regierung und die Nichtveröffentlichung der Untersuchungsergebnisse erschweren es auch der lokalen Bevölkerung juristisch gegen Formosa vorzugehen: Bis Ende September hatten mehr als fünfhundert Einwohner Ha Tinh versucht, Kompensationsansprüche geltend zu machen. Doch diese wurden vor Gericht allesamt zurückgewiesen, mit dem Verweis drauf, dass sie »nicht genügend eindeutige Beweise für ihre Verluste« aufwiesen. Und die Zahl der direkt betroffenen Anwohner und Fischer dürfte gegen 100.000 tendieren.

Um die aufgebrachte Aktivistenszene Vietnams wieder unter Kontrolle zu bekommen, nahm die Polizei fast zeitgleich Nguyen Ngoc Nhu Quynh, Vietnams berühmteste Bloggerin (bekannt als *me nam*, *Mother Mushroom*), fest. Sie ist in den letzten Jahren die vehementeste Stimme im Kampf gegen nationale Umweltzerstörung gewesen und nutzt ihren Blog, um kontroverse Themen, die in den offiziellen Staatsmedien totgeschwiegen werden, bekannt zu machen – so auch die Geschichte um Formosa Ha Tinh Steel. Man warf ihr vor, die nationale Sicherheit zu gefährden. Tatsächlich sollte ihre Verhaftung aber einerseits von dem Skandal um die abgeschmetterten Kompensationsklagen ablenken und andererseits auch Warnung und Drohung an andere Umweltaktivisten und Nichtregierungsgruppen im Land sein.

Es geht um die Grundwerte der Menschenwürde

Die Umweltkatastrophe in Vietnam hat die Komplexität der momentanen Situation des Landes deutlich gemacht: Es geht nicht bloß um Fisch, nicht bloß um ein abstraktes Bild der Umwelt. Es geht um die dauerhafte Zerstörung von Korallenriffen, von Seegrasfeldern, des gesamten maritimen Ökosystems Zentralvietnams und um ein weltweites Umweltbewusstsein. Es geht auch um die Lebensgrundlage von Hunderttausenden, um ihre körperliche und geistige Gesundheit, wie auch die Gesundheit folgender Generationen. Es geht um das Recht der Bevölkerung, an der Diskussion um öffentliche Angelegenheiten teilzunehmen. Das Recht auf Schutz, Transparenz und Verantwortlichkeit seitens der Regierung – es geht um die Grundwerte der Menschenwürde.



Toter Fisch am Strand von Quang Binh
Quelle:
Tran Tuan

International agierende Firmen wie Formosa nutzen häufig den Weg des geringsten Widerstandes und das Fehlen rechtlicher und öffentlicher Interessensgruppen zu ihrem Vorteil. Dabei machen sie sich die strukturellen Schwächen, wie ungenügende Naturschutzgesetze und systemische Korruption in Schwellenländern wie Vietnam immer wieder zunutze. Ob in den USA, Kambodscha oder Vietnam: Das Beispiel Formosa Plastics zeigt die Schnittstellen zwischen sozialen und wirtschaftlichen, zwischen politischen und bürgerlichen Rechten und das Tauziehen zwischen diesen Akteuren. Wenn man die endlose Geschichte von Täuschung, Manipulation und Gesetzesverstößen des Unternehmens betrachtet, zeigt sich, dass die vietnamesische Umwelt, wie auch die vietnamesische Bevölkerung in dieser Sache allein auf weiter Flur stehen. Hier ist die Hilfe der Weltgemeinschaft gefragt – besonders, da hier Präzedenzfälle entstehen, die die Beweislast für Schäden an Mensch und Umwelt den Opfern aufbürden. Beweise, die aufgrund der fehlenden Informationen im Falle Vietnams nie erbracht werden können.

Die Autorin setzt daher ihre Hoffnung in die Zusammenarbeit internationaler Gruppen und Vereinigungen, um dieses zweifelsohne zutiefst moralische Dilemma nicht zu einem globalen Problem werden zu lassen. Die Autorin vertraut auf die Worte des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon: »Allen Opfern von Menschenrechtsverletzungen sollte der UN-Menschenrechtsrat Forum und Handlungsplattform sein.« Es wird Zeit, dass die Weltöffentlichkeit aufhört, Fragen des Umweltschutzes auf nationaler Ebene zu diskutieren und ein globales Bewusstsein und Echo für den Versatz zwischen wirtschaftlichen Interessen und zivilgesellschaftlicher Realität schafft. ■



Protest in Ho-Chi-Minh-Stadt: Fisch braucht sauberes Wasser, das Volk die Wahrheit
Quelle:
Manh Kim